

Sozialismus.de

Heft 1-2019 | EUR 7,00 | C 12232 E

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



J. Köhlinger/M. Ebenau: Der Umgang der IGM mit der AfD
Maren Hassan-Beik u.a.,
Postdemokratie im Betrieb

Mit Beiträgen u.a. von
Konstanze Kriese, Michael Brie,
Hartmut Meine, Erhard Crome,
Christoph Butterwegge, Klaus
Busch, Thomas Jaitner, Marian
Krüger/Helge Meves, Axel Troost



**Forum
Gewerkschaften**



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

Mordsgeschäfte



Die internationalen Rüstungsmärkte stehen am Beginn eines »Super-Zyklus« mit wieder steigenden Rüstungsausgaben, prognostizierte der Vorstand der Düsseldorfer Rüstungsschmiede Rheinmetall auf einer Analystenkonferenz in Berlin. ...

»Zusammenführen und zusammen führen«



Unter diesem Motto stand der Parteitag der CDU in Hamburg, auf dem die Partei erstmals wieder Kampfkandidaturen um den Vorsitz erleben konnte. Die Delegierten wählten mit knapper Mehrheit Annegret Kamp-Karrenbauer zur neuen Vorsitzenden. ...

Das Dollar-Regime als Waffe



US-Präsident Donald Trump setzt Wirtschaftssanktionen und Zölle ein, um US-Interessen durchzusetzen. Die weltweite Dominanz des US-Dollars verschafft den USA nicht nur wirtschaftliche Vorteile, sondern auch politische Macht. Das eklatante Beispiel sind die Sanktionen gegen den Iran. ...

Gelebter Sozialismus

Michael Brie: Rosa Luxemburg neu entdecken
Zeige uns das Wunder! Wo ist dein Wunder? 2

Berliner Republik – neu justiert?

Hartmut Meine: »Der Friederich – ein arger Wüterich«. Friedrich Merz, die Gewerkschaften und der zukünftige Kurs der CDU 7

Christoph Butterwegge: Was kommt nach Hartz IV?
Resümee der »Reformen« – Anmerkungen zu den neuen Konzepten von SPD & Grünen – Alternativen 9

Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Große Sozialstaatsreform – oder »echte Existenzsicherung«. Hintergründe der Hartz-IV-Debatte 14

Marian Krüger/Helge Meves: Entpolitisierungen in der Transformation des Kapitalismus – Grüne und AfD 22

Kalter Krieg reloaded?

Erhard Crome: INF-Vertrag erledigt – neues atomares Wettrüsten? 24

Europäisches Durcheinander

Bernhard Sander: Entzauberung des Jupiter-Präsidenten
Der Protest der »Gelbwesten« in Frankreich 30

Thomas Jaitner: Debakel für die Linke, Erfolg für »Vox«
Was bedeutet der Ausgang der Regionalwahlen in Andalusien? 36

Hinrich Kuhls: Vom Brexit-Votum zum Brexit-Chaos 40

Forum Gewerkschaften

Maren Hassan-Beik/Javier Pato Oter/Lukas Zappino: Politikverdrossenheit oder Repräsentationsdefizit? Zur wachsenden Bedeutung der Gewerkschaften in der Postdemokratie 45

Jörg Köhlinger/Michael Ebenau: Zum Umgang der IG Metall mit der AfD
Ein Arbeitspapier der Bezirksleitung Mitte 51

Europäische Perspektiven

Heinz Bierbaum: Die Linke vor den Europawahlen 56

Klaus Busch: Die Krisen von EU und Eurozone – Re-Nationalisierung blockiert Lösungen 60

Björn Radke/Axel Troost: Eine linke Zukunft für Europa? 65

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 55

Veranstaltungen & Tipps 68

Konstanze Kriese: Cold War – der Breitengrad der Liebe (Filmkritik) 69

Supplement

Leo Panitch/Sam Gindin
»Trumping the Empire«

Entpolitisierungen in der Transformation des Kapitalismus: Grüne und AfD

von ■ Marian Krüger und Helge Meves



Karikatur: Economist

»Unsere besten Wahlergebnisse erreichen wir immer in den Umfragen vor und nach den Wahlen«, witzeln Grüne nach den Erfahrungen der letzten drei Bundestagswahlen selbstironisch. Ihr bundesweiter Höhenflug in den Prognosen sollte danach etwas zurückhaltend interpretiert werden, zumal die erfolgreichen Landtagswahlen deutlich unter dem Einfluss der gesellschaftspolitischen Polarisierung auf Bundesebene standen und die Ergebnisse aktuell auf die anderen Umfragen zurück spiegeln.

Die Debatten etwa um Dieselfahrverbote, Regelungen von Migration, die Sicherung von Renten- und Pflegeansprüchen sind dennoch ernst zu nehmen, weil sie weit über die konkreten gesellschaftlichen Konflikte hinausgreifen. Blitzartig scheint in ihnen die gesellschaftliche Unruhe infolge fehlender, nicht mehrheitsfähiger oder nicht bekannt gewordener Strategien für die Zukunft auf. Diese Unruhe entlädt sich zuerst gegen die Volksparteien CDU/CSU, SPD und LINKE im Osten, die als die für diese Mängel Verantwortlichen ausgemacht werden. Sie führen weiter zu einer gesellschaftspolitischen Polarisierung auf Bundesebene zwischen den Grünen und der AfD, worauf Alban Werner in *Sozialismus* 12/2018 zuletzt verwies. Grüne und AfD werden als

klare Pole wahrgenommen, soweit sie sich als ein Versprechen auf eine bessere Zukunft präsentieren.

Globalisten vs. Nationalisten?

Projektionsflächen benötigen keine Kompetenzen für die konkrete Lösung der anstehenden Probleme. Sie müssen – und dürfen – so vage sein, dass sich andere darin wiederfinden können. Sie bieten auch keine Antworten auf die Frage, wie der sich transformierende Kapitalismus sozial reguliert werden kann. Beides war übrigens auch schon bei Gelegenheit des kurzen Sommers der Piratenpartei zu beobachten. Deren Unverständnis der Frage gegenüber, was eine Gesellschaft – wie auch ihre Partei – zusammenhält und auseinandertreibt, setzen Grüne und AfD relativ klare Konzepte gegenüber.

»Es geht nicht mehr um Klasse. Es geht um Identität. ... Gruppenzugehörigkeiten, Leitkultur, Nation«,¹ umriss Winfried Kretschmann zuletzt die gesellschaftspolitischen Konfliktlinien. Was die Grünen gesellschaftsinkludierend zu besetzen suchen, besetzt die AfD exkludierend: Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind für sie konstitutiv. Was Christoph Möllers zuletzt für die Grünen diagnostizierte,

gilt auch für die AfD. Beide »fliehen aus der Politik und wählen den geringsten Widerstand«,² indem sie sich auf relativ homogene Gruppen fokussieren und Interessenkonflikte innerhalb dieser Gruppen ausklammern. Jemand kann aus der Stadt aufs Land gezogen sein etwa der erschwinglichen Miete, der besseren Luft oder eines geerbten Stück Waldes wegen: Der Blick auf Dieselfahrverbote, Regelungen von Migration, die Sicherung von Renten- und Pflegeansprüchen wird jeweils anders und untereinander widersprüchlich sein. Die ökologische Transformation des Kapitalismus kostet etwas und die Frage steht, wer das bezahlt. Das erfordert eine umfassende soziale Regulierung. Die Grünen haben sich hier klientelistisch positioniert: Die exportorientierten Wirtschaftssektoren sollen Subventionen für E-Mobilität erhalten, die Ökobauern, die subventionspolitisch ohnehin schon sehr gut dastehen, noch mehr davon. Wer eine Immobilie besitzt, soll die energetische Sanierung besser beim Finanzamt geltend machen können. Erwähnt werden soll auch die Forderung nach einer Anhebung der Fleischpreise, gekoppelt mit Subventionen für Bio-Produkte, die auf einer der letzten Bundesdelegiertenkonferenzen noch nicht mehrheitsfähig beantragt war.

Links in Bayern und der EU

Diese programmatische Orientierung an Besitz, Status und identitätspolitischer Selbstversicherung ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass eine gewisse Durchlässigkeit zwischen den Elektoraten von CDU/CSU und Grünen entstehen konnte. Den Grünen ist gelungen, was der Chef des Bundeskanzleramtes, Helge Braun, unlängst als Aufgabe der CDU bezeichnete: Sie sei immer dann erfolgreich gewesen, wenn sie Menschen »von beiden Seiten, von links und rechts« gewinnen konnte«, wenn sie nicht »zu politisch«³ war, wie sich Angela Merkel an einen Ratschlag Helmut Kohls erinnerte. In den Ergebnissen der Landtagswahlen in Bayern und Hessen lässt sich beides finden. Die Grünen in Bayern haben noch nie Sondierungsgespräche für eine Landesregierung erreicht und standen noch nicht vor der Frage, potenzielle Gewinne und Verluste bei einer Regierung mit der CSU abwägen zu müssen. Gleiches gilt für die Spitzenkandidaten und die Programmatik für die Wahlen zum Europäischen Parlament. Das schmälert ihre durchaus linke Programmatik für beide Wahlen nicht, lässt aber Fragen offen, die sie in der hessischen Regierung beantwortet hat.

Schwarz-grüne Lösungen

In Hessen sind die Grünen aus einer Regierung mit der CDU heraus zur Landtagswahl angetreten. Dies wurde möglich, weil die CDU nach dem Abgang von Roland Koch als Ministerpräsident 2010 mit dem neuen Regierungschef Volker Bouffier einen Kurs der Annäherung an die Grünen betrieb, um sie dauerhaft aus dem traditionellen rot-grünen Lager herauszulösen. Dieser Kurs führte zu gegenseitigen Konzessionen, die die Bildung der ersten schwarz-grünen Koalition ermöglichten. Die CDU kam den Grünen mit der Abschaffung der Residenzpflicht für Asylbewerber entgegen, die Öko-Partei erledigte bereits vor den Wahlen 2013 ihr linkes landespolitisches Referenzprojekt, die Abschaffung des gegliederten Schulsystems in Hessen. Mit der Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte, dem Promotionsrecht

für Fachhochschulen, einem Aktionsplan zur Ausweitung des Ökolandbaus und der Deklaration Hessens zur gentechnik- und frackingfreien Zone zahlte die CDU in der Koalitionsvereinbarung 2013 ihren Preis. Aber auch die Grünen wurden zur Kasse gebeten: Terminal 3 des Frankfurter Flughafens wird gebaut, das von ihnen versprochene Nachtflugverbot kommt nicht, der »Hessentrojener« für die Polizei wird eingeführt. Ihre eigene Prioritätensetzung in der Koalitionsräson zwang sie, zuvor vertretene Positionen wie die »Ehe für alle« im Landtag abzulehnen. Die Erosion des Verhältnisses zu alten Bündnispartnern wie den Bürgerinitiativen gegen den Flughafenausbau ist eine maßgebliche Ursache für die Zugewinne der LINKEN im Raum Frankfurt am Main.

Dennoch konnte Schwarz-Grün die ersten Jahre seine Mehrheit in den Umfragen behalten, bis die AfD von Wähler*innen der SPD, aber eben auch der CDU ab 2016 immer mehr Zustimmung gewann. Zur Stabilisierung der eigenen Position und mit Blick auf die bundespolitisch geschwächte SPD entschloss sich Schwarz-Grün taktisch, sozialpolitisch nachzugeben, um Verluste an die AfD bei der SPD zu kompensieren. Dafür stehen Maßnahmen wie die Einführung des Schülertickets für 400.000 Kinder und die Teilentlastung der Eltern bei den Kitabeiträgen, die allerdings mit den Krippen den Bereich ausklammert, wo die meisten Gebühren anfallen. Schwarz-Grün hat überdies das anhaltende Steuerplus genutzt, um mehr Neueinstellungen im öffentlichen Dienst (Polizei, Schulen) vorzunehmen. Im Juni 2018 stellten Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) und Umweltministerin Priska Hinz (Grüne) eine »Initiative für bezahlbaren Wohnraum« vor, die eine sozial gestaffelte Deckelung der Mieterhöhungen für die Mieter*innen der öffentlichen Wohnbaugesellschaft »Nassauische Heimstätte« und eine Erhöhung der Sozialquote bei Neubauten auf 30% vorsieht.

Politisierungen

Die Landtagswahlen in Hessen haben sich als Richtungswahlen erwiesen. Bürgerliche Wähler*innen, die ge-

sellschaftspolitisch liberal eingestellt sind, haben jenen Kräften innerhalb der CDU/CSU, die auf die AfD zugehen wollen, einen Denkkzettel verpasst. Zwar verlor die – der Bundes-CDU treue – CDU in Hessen nicht weniger als die – der CSU ferne – Bundes-CDU, aber beide verloren an die Grünen. Grüne und AfD gewannen ihre neuen Stimmen im Lager der Volksparteien. Die Entpolitisierung der konkreten Konflikte und Machtverhältnisse in den gesellschaftspolitischen Debatten ist ein Grund für die Stärke beider Parteien, verschärft aber auch die Konflikte auf dieser Ebene. Die rechte Kritik an den »Wohlfühlwahlkämpfen« der Grünen verbleibt auf einer formalen und moralischen Ebene. Den Grünen mag eine »Reproduktion der Gesellschaftlichkeit« zuge-
traut werden, wie Tom Strohschneider in *Sozialismus 12/2019* argumentierte. Das ist jedoch eine vorpolitische Gemeinschaftlichkeit. Die Grünen tragen dazu bei, gesellschaftliche Diskurse zu entpolitisieren. Dazu gehört, dass mit beiden Landtagswahlen eine weitere De-Thematisierung von R2G als alternativer Machtoption verbunden wurde. Insbesondere Hessen ist ein Beleg dafür, dass eine solche Konstellation nach wie vor in der grünen Wählerschaft vorhanden ist. Eine klare Machtoption ist für die Gewinnung von Mehrheiten für die politische Linke unverzichtbar. Dabei muss die LINKE wahrnehmbarer die Frage nach den Interessenkonflikten in der sozialen Regulierung artikulieren. Um gewählt zu werden, muss sie eine strategische Differenz zu den Grünen deutlich machen. Es geht darum, den sozialen Preis nicht nur der ökologischen, sondern der gesamten Transformation des Kapitalismus einzufordern. Die Grünen werden das nicht tun.

Marian Krüger ist Fraktionsgeschäftsführer der Landtagsfraktion DIE LINKE in Sachsen-Anhalt. *Helge Meves* arbeitet im Bereich Strategie & Grundsatzzfragen der Bundesgeschäftsstelle DIE LINKE.

¹ »Wenn Sie eine Tugend im Fanatismus leben, wird es immer fürchterlich«. Spiegel-Gespräch mit Winfried Kretzschmann. In: *Der Spiegel* vom 27.10.2018

² Zit. nach: Die Lust an der List. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 5.11.2018.

³ Beides zit. nach: Vor und hinter den Kulissen. In: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vom 9.12.2018.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie Weltküche Müller Hoff
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie Weltküche Müller Hoff
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!



Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de